

Die Schiefergas-Revolution: grüne Steuern bedeuten haushohe Preise für schmutzig-billige Energie

Bild rechts: Schieferbruchstücke von einem Fracking-Werk nahe Preston, Lancastershire. Photo: GUZELIAN

Es ist urkomisch, wie die Schiefergas-Revolution unter der ganzen grünen Ideologie den Teppich weggezogen hat, einer Ideologie, die die Politik der Regierung bis zu einem Punkt getrieben hat, an dem wir dazu verdammt waren, unsere Stromrechnungen durch das Dach steigen zu sehen – das heißt, wenn wir das noch sehen können, nachdem all unsere Lichter ausgegangen sind.

Die grünen Besessenen, die unsere Energiepolitik gekidnappt haben, hassen allein schon den Gedanken an Schiefergas. All die betrügerischen Berechnungen des Department of Energy and Climate Change (DECC) und dessen Schatten-Guru, dem Committee on Climatic Change, berufen sich auf die Hypothese, dass Energie aus fossilen Treibstoffen so teuer werden muss, dass Windmühlen und Solarpaneele letztendlich wettbewerbsfähig aussehen. Selbst Mr. Davey hat widerwillig eingeräumt, dass wir sogar noch stärker vom Gas abhängig werden, um unsere Lichter leuchten zu lassen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint (was im Mittel zu drei Vierteln der Zeit der Fall ist).

Wenn also die Aussicht besteht, das Gas erheblich billiger werden wird (wie in den USA, wo sich der Gaspreis innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert hat), schlagen sie wild um sich mit Anklagen, wie das Fracking Erdbeben verursachen, unsere Trinkwasservorräte verschmutzen und die Landschaft ruinieren wird. Es ist ein letzter verzweifelter Versuch, der ernstesten Bedrohung für den Plan, UK in eine „Low Carbon“-Zukunft zu führen, entgegen zu treten.

Was uns zu dem Moment in der Nachrichtensendung Today zurückbringt, als die BBC im Rahmen ihrer eigenen unnachgiebigen Kampagne, die „grüne Agenda“ voranzutreiben, an David Kennedy herangetreten war, Chef-Funktionär des Climate Change Committee (Ein Mann, der so grün ist, dass selbst David Cameron vor Kurzem sein Veto einlegen musste, um zu verhindern, dass dieser Mann permanenter Leiter des DECC wird). Nach dem Ablassen der üblichen ermüdenden Propaganda gegen Schiefergas wurde Kennedy von John Humphreys herausgefordert, und zwar wegen der steigenden Energierechnungen, die wir auf UK's Weg in die „Low Carbon“-Zukunft erwarten können. Er gab tatsächlich zu, dass diese Rechnungen bis zum Jahr 2020 auf 100 Pfund pro Jahr gestiegen sein könnten – „aber danach“, sagte er, „wird die Steigerung nur sehr begrenzt ausfallen“.

Was Kennedy vergessen hat zu erwähnen (und worauf Humphrey ihn nicht angesprochen hat) war, dass vom nächsten April an die Regierung ihre klingende neue „Kohlenstoffsteuer“ einführen wird, und zwar auf jede Tonne emittierten CO₂ durch die Energieerzeugung aus fossilen Treibstoffen, was zu einem

rapiden Preisanstieg um 16 Pfund pro Tonne auf 70 Pfund pro Tonne bis zum Jahr 2030 führen wird. In der gesamten Besessenheit unserer Medien bzgl. der Schnelligkeit, mit der unsere Rechnungen steigen, wird dies kaum jemals erwähnt. Innerhalb von 17 Jahren werden die Rechnungen auf gutem Weg sein, sich zu verdoppeln. Und natürlich wird sie genauso umfänglich auf Energie aus Schiefergas angewendet wie auf Energie aus Kohlekraftwerken, die gegenwärtig die Hälfte unseres Stromes erzeugen und die die Regierung so schnell wie möglich aus dem Geschäft drängen will.

Genau zu der Zeit also, wenn uns die Regierung widerstrebend die Aussicht vermittelt, dass das Gas, das wir brauchen werden, um unsere Lichter nicht ausgehen zu lassen, sehr viel billiger werden könnte, wird sie diese neue Steuer einführen, um das Gas sehr viel teurer zu machen. Damit macht sie viele der finanziellen Vorteile, die uns das Schiefergas bringen könnte, wieder zunichte. Das totale Scheitern von Mr. Kennedy und der BBC, dies zu erwähnen, unterstreicht einmal mehr, wie krank unsere Energiepolitik geworden ist.

,Tantrischer Sex': Cameron möchte etwas haben, was er nicht bekommen kann

Wenn David Cameron nicht gerade mit seinen Plänen beschäftigt ist zu erlauben, dass ein weiblicher Bischof einen anderen weiblichen Bischof heiraten darf, sagt er uns – mit Hilfe eines ziemlich geschmacklosen Witzes über tantrischen Sex – dass er im neuen Jahr eine sehr wichtige Rede über die Beziehungen von UK zu Europa halten wird. Es gibt Hinweise, dass er ein Referendum versprechen will des Inhalts, dass wir wählen können, ob wir aus der EU austreten wollen (was Mr. Cameron absolut ablehnt) oder ob wir seine Hoffnung unterstützen – erneut ausgedrückt in Brüssel am Freitag – dass wir eine „Verlierer“-Beziehung aushandeln können, in der wir weiterhin in einem Single Market [?] Handel treiben, während wir uns von Vielem, für das die EU steht, verabschieden.

Es gibt nicht das geringste Anzeichen, dass die EU vorbereitet wäre, in solche Verhandlungen einzutreten, es sei denn, Mr. Cameron beruft sich auf Artikel 50 des Lissabon-Vertrages, der unsere europäischen Partner auf legalem Wege zwingen würde, dies doch zu tun. Aber das kann er nicht, weil Artikel 50 nur dann in Kraft tritt, wenn ein Land sagt, dass es aus der EU austreten möchte. Das ist der einzige Weg, die Beziehung zu bekommen, hinter der er her ist, aber er schließt das aus, indem er sagt, selbst wenn wir austreten, müssten wir uns immer noch genau wie Norwegen den Bedingungen des Single Market unterwerfen, ohne jeden Einfluss darauf, wie sie sich entscheiden. Er fällt in das herablassende alte Klischee der „Fax-Demokratie“ zurück – ohne zu merken, dass die Phrase von einem norwegischen Premierminister in den Ring geworfen worden ist, der vergeblich versucht hat, seine Landsleute zum Beitritt zur EU zu überreden.

Was Mr. Cameron nicht zu begreifen scheint ist, dass Länder wie Norwegen tatsächlich merkbare Vorteile aus den Regeln des Single Market ziehen, und zwar durch Mitgliedschaft in der europäischen Freihandelszone EFTA, der European Economic Area (EEA) und einer Reihe von UN- und anderen internationalen Körperschaften, von denen sich viele dieser Regeln ableiten. Sollte UK tatsächlich außerhalb der EU ein Mitglied von EFTA und der EEA mit

eigenen Rechten werden, könnte das sehr gut größeren Einfluss auf die Regeln des Single Market haben als jetzt als eines von 27 EU-Mitgliedern mit nur 8 Prozent Stimmenanteil.

Falls Mr. Cameron seine Karten richtig ausspielen würde, könnte er alles haben, was er will. Die Schwierigkeit ist, dass er in einer Organisation verbleiben möchte, deren Regeln wenig Anzeichen von Verständnis zeigen. Folglich läuft er Gefahr, uns zu einem Referendum zu führen, das hinsichtlich dessen, was damit erreicht werden soll, völlig bedeutungslos ist.

Es bedarf eines Yeo, um Abwasser in Gold zu verwandeln

Ein weiteres wundersames Beispiel der surrealen Welt, in der die uns Regierenden leben, war letzte Woche die Nachricht, dass David Willetts, Bildungsminister, 50 Millionen Pfund Steuergeld an ein Unternehmen zahlen möchte, das sich TMO Renewables nennt, um ihm zu helfen, eine geistreiche Methode zu entwickeln, menschliche Abwässer in grüne Biotreibstoffe zu verwandeln. Das Unternehmen wird geleitet von Mr. Willetts Parteifreund bei den Tories MP Tim Yeo, dem im vergangenen Jahr mehr als 60000 Pfund für seine Dienste gezahlt wurden, bis zu 1000 Pfund pro Stunde.

Mr. Yeo ist auch Vorsitzender des Commons Select Committee on Energy and Climate Change, der die Regierung fortwährend drängt, jede Form der „low carbon initiative“ zu unterstützen – von denen einige für Firmen wie TMO Renewables finanziell vorteilhaft wären.

Als ich das gehört habe, erinnerte ich mich an das Schicksal eines anderen Schemas, menschliche Abwässer in Treibstoff zu verwandeln, was mehr als einmal in den Jahren 2004 und 2005 thematisiert worden ist. Im Jahr 2000 hat Scottish Water 65 Millionen Pfund für die Bildung eines Werkes nahe Glasgow ausgegeben, um die Hälfte des in Schottland anfallenden Abwassers in Treibstoff-Pellets zu verwandeln, welche das gigantische Longrannet-Kraftwerk verbrennen könnte, um ausreichend Energie für 30 000 Haushalte zu erzeugen. Die Scottish Environmental Protection Agency (SEPA) hielt das zunächst für eine sehr gute Nachricht – um im Jahre 2004 seine Meinung zu ändern. Den EU-Gesetzen zufolge war Abwasser jetzt „Müll“, so dass dessen Gebrauch zur Stromerzeugung illegal war. Die 65 Millionen Pfund teure Anlage würde schließen müssen.

Dies hinterließ Scottish Water mit dem Problem seiner Abwässer. Es würde legal sein, es einfach zu verbrennen – was Hunderte Millionen Pfund kosten würde – solange man es nicht zur Stromerzeugung nutzt. Oder, als bevorzugte Option, SEPA wäre erfreut, dies als vorteilhaft für die Umwelt zu klassifizieren und ein Gebiet der Ayrshire Hills für einen neuen Wald zu beanspruchen.

Später habe ich darüber berichtet, wie ein holländischer Geschäftsmann und seine schottische Frau, die ihr ideales Rückzugsheim in einem abgelegenen Tal im Ayrshire-Tal gefunden hatten, der Aussicht gegenüber standen, dass 33000 Tonnen Abwasser-Rückstände bei einem Hügel deponiert werden sollten, der gerade eine Viertelmeile von ihrem Haus entfernt lag. Außerdem würden sie bald einen neuen Windpark vor Augen haben, kaum eine Meile entfernt, mit 103

etwa 104 Fuß [ca. 32m] hohen Windturbinen. Ich bin sicher, dass Mr. Yeo einen Weg finden wird, bei dem seine Pläne, Abwasser-Rückstände in Treibstoff zu verwandeln, besser ausgehen.

Christopher Booker

Link:

<http://www.telegraph.co.uk/comment/9746864/The-shale-gas-revolution-green-taxes-will-mean-sky-high-prices-for-dirt-cheap-energy.html>

Übersetzt von Chris Frey EIKE